

Forderungskatalog des Wirtschaftsrates zur Neuausrichtung der Energiewende

Nur wenn alle energie- und klimapolitischen Entscheidungen künftig in einen europäischen Rahmen eingebettet werden, kann es gelingen, die schleichenden Desinvestitionen am Wirtschaftsstandort Deutschland zu stoppen.

Strommarkt ganzheitlich weiterentwickeln

Die eingeleiteten Reformen für den Strommarkt bleiben Stückwerk. Sie reichen nicht aus, um Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit des Industrielandes Deutschland zu gewährleisten. Der Wirtschaftsrat fordert daher:

- **Strommarkt ganzheitlich stärken:** Den Energy-Only-Markt 2.0 marktwirtschaftlich optimieren und vorhandene Flexibilitätspotenziale nutzen. Dabei gilt es, diskriminierungsfreie sowie technologieoffene Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die kosteneffizientesten Flexibilisierungslösungen durchsetzen können.
- **System- und Marktverantwortung von Erneuerbaren einfordern:** Den Ausbau der Erneuerbaren bis 2025 auf 40 Prozent am Strommix begrenzen. Den Zubau Erneuerbarer mit dem Netzausbau synchronisieren und die EEG-Förderung auf ein wettbewerbliches Ausschreibungsverfahren ohne preistreibende Bagatellgrenzen und Regionalisierungselemente umstellen.
- **Grenzüberschreitende Ausschreibungen in Kerneuropa einführen:** Um deutliche Einsparungen im Binnenmarkt zu erreichen, sollten künftig mindestens 20 Prozent des Zubaus europaweit ausgeschrieben werden. Ziel muss es sein, grenzüberschreitend die besten Standorte für Erneuerbare zu nutzen.
- **Ausbau der Stromnetze vorantreiben:** Der Kosteneffizienz beim Ausbau auf allen Spannungsebenen Priorität einräumen. Grenzkuppelstellen zügig ausbauen, um einen verlässlichen europäischen Strommarkt zu vollenden und die einheitliche Preiszone in Deutschland zu erhalten.
- **Leitlinien für Kapazitätsmechanismen in Kerneuropa erstellen:** Mindestens Deutschland und seine „elektrisch verbundenen Nachbarn“ sollten gemeinsame grenzüberschreitende Strukturen zur Stärkung von Versorgungssicherheit und Handel weiterentwickeln. Ein kerneuropäischer Kapazitätsmechanismus muss diskriminierungsfrei sowie technologie- und energieträgeroffen angelegt werden.

Digitalisierungs- und Effizienzmärkte stärken

Damit Emissionen kosteneffizient reduziert werden, bedarf es der sektorenübergreifenden Steigerung von Energieeffizienz und Flexibilität anstatt kostentreibender klimapolitischer Instrumente. Wir fordern:

- **Marktwirtschaftlichen Rahmen für Innovationen setzen:** Ziel der Digitalisierung der Energiewende muss sein, Marktakteure in einem verlässlichen Ordnungsrahmen zu Innovationen ermutigen.. Dabei sollte auf einheitliche, technologieoffene Digitalisierungsmärkte gesetzt werden.
- **Transparenz beim Energieverbrauch herstellen:** Die Digitalisierung und Erfassung der Energiedaten sollte kosteneffizient vorangetrieben werden. Hohe Qualität und der Schutz der Daten müssen im Vordergrund stehen.
- **Energieeffizienzpolitik selbst effizient gestalten:** Die bestehende Energieeffizienzpolitik muss auf den Prüfstand. Wirksame Anreize und Informationsangebote sollten in einen ganzheitlichen und radikal vereinfachten Rahmen eingebettet werden. Alle Förderinstrumente müssen aufeinander abgestimmt, ggf. zusammengelegt und technologieneutral ausgerichtet werden.
- **Effizienzpotenziale sektorenübergreifend heben:** Energetische Gebäudesanierung sollte breitenwirksam mit Beratungsangeboten und Sanierungsfahrplänen verstetigt werden. Um neue Zielgruppen zu erreichen, gilt es mit der steuerlichen Förderung der Gebäudesanierung kosteneffiziente, zugkräftige Impulse zu schaffen. Um die enormen Potenziale in der Industrie zu heben, sollten „Bürgschaftsmodelle“ geprüft und technologieoffene Ausschreibungen umgesetzt werden.

Klimapolitik neu aufstellen

Das Klimaabkommen von Paris ist ausdrücklich zu begrüßen, kann aber nur der Startschuss sein, um einen global abgestimmten Klimaschutz-Fahrplan und ein weltweites Emissionshandelssystem voranzutreiben. Wir fordern:

- **Globales Klimaabkommen durchsetzen:** Paris ist der erste Schritt in Richtung globaler Klimaschutz. Das Abkommen prägt stufenweises, freiwilliges Vorgehen. Nur wenn alle Industriestaaten sich auf verbindliche Ziele und Maßnahmen festlegen, können Nachteile für Deutschland und Europa vermieden werden.
- **Technologieoffenheit und Innovationen statt Zwangsmaßnahmen:** Die Industrie darf nicht allein auf ihre Reduktionsziele festgelegt werden. Ziel muss die Förderung der kosteneffizientesten Maßnahmen sein. Technologieoffenheit und Innovation statt Ordnungsrecht und Zwangsmaßnahmen, müssen zu Leitlinien der Klimapolitik werden.
- **Ein Leitziel setzen, EU-ETS als Leitinstrument ausbauen:** Die Klima- und Umweltpolitik der EU und der Bundesregierung verfolgt oft widersprüchliche Ziele. CO₂-Vermeidung darf kein Selbstzweck sein. Grundsätzlich muss der Emissionshandel kosteneffiziente Technologie voranbringen.
- **Gesamtoptimierung der Energie- und Klimapolitik notwendig:** Das Nebeneinander verschiedenster Gesetze auf europäischer und nationaler Ebene führt zu erheblichen Ineffizienzen. Es bleibt zentrale Aufgabe der Energie- und Klimapolitik, die Instrumente auf EU-Ebene aufeinander abzustimmen und gegebenenfalls zusammenzuführen.